Antrag

der Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU

und

Stellungnahme

des Justizministeriums

Asylstreitverfahren in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

I. zu berichten,

1. wie sich die Zahl der bei den Verwaltungsgerichten in Baden-Württemberg neu eingegangenen und anhängigen Asylstreitverfahren seit dem Jahr 2012 entwickelt hat;
2. wie sich die Zahl der erledigten Asylstreitverfahren seit dem Jahr 2012 entwickelt hat;
3. wie sich die durchschnittliche Verfahrensdauer der Hauptverfahren und der Eilverfahren seit 2012 entwickelt hat;
4. wie sich die Relation der zu bearbeitenden Asylstreitverfahren pro Richterstelle in den Jahren 2012, 2013 und 2014 entwickelt hat;
5. wie viele Richterstellen an baden-württembergischen Gerichten zur Bearbeitung von Asylverfahren (einschließlich der Durchführung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen) in den Jahren 2012, 2013, 2014 und 2015 besetzt waren bzw. welche Besetzungen für 2016 geplant sind (gegliedert nach Gericht);
6. inwieweit sie auf eine gestiegene Anzahl von Asylstreitverfahren durch die Schaffung zusätzlicher Richterstellen reagiert hat bzw. reagieren wird;
7. inwieweit eine organisatorische und räumliche Anbindung der Verwaltungsgerichte an die Landeserstaufnahmeeinrichtungen und dort angesiedelten Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge gewährleistet ist;

8. wie sie die derzeitige Rechtslage hinsichtlich der Möglichkeit für eine zügige Bearbeitung von Fällen betreffender Antragsteller aus sicheren Herkunftsstaaten beurteilt;
 9. wie sich die Einstufung von Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten im November 2014 auf die Zahl der neu eingegangenen Asylstreitverfahren in den nachfolgenden Monaten ausgewirkt hat;
- II. 1. durch eine ausreichende Personalausstattung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Baden-Württemberg die durchschnittliche Dauer der Asylstreitverfahren weiter zu senken;
2. durch organisatorische Maßnahmen eine schnelle Entscheidung in Verfahren betreffend die Anordnung von Abschiebungs-, Zurückschiebungs- oder Zurückweisungshaft zu ermöglichen.

26.06.2015

Dr. Lasotta, Hitzler, Paal, Schütz, Dr. Engeser,
Gurr-Hirsch, Deuschle, Pauli, Teufel CDU

Begründung

In den vergangenen Jahren konnte eine stetig steigende Zahl von Flüchtlingen in Baden-Württemberg verzeichnet werden. Gleichzeitig ist die Zahl der Asylstreitverfahren angestiegen. Eine schnelle Verfahrensabwicklung schafft sowohl für die Betroffenen selbst wie auch für das Land und die Kommunen Rechtssicherheit. Ziel muss es sein, dass sich die Aufenthaltsdauer nicht durch anhängige Asylstreitverfahren unverhältnismäßig verlängert. Das Land muss durch entsprechende organisatorische Maßnahmen und eine ausreichende Personalausstattung der Verwaltungsgerichtsbarkeit hierfür Sorge tragen. Mit dem vorliegenden Antrag soll ein Überblick über den derzeitigen Sachstand ermöglicht werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 23. Juli 2015 Nr. 4725/0559 nimmt das Justizministerium im Folgenden namens der Landesregierung zu dem Antrag Stellung. Die Stellungnahme ist hinsichtlich der Fragen I. 8. und II. 2. mit dem Innenministerium abgestimmt.

Die Antworten erfolgen unter Berücksichtigung aktueller Zahlen bis einschließlich des ersten Quartals 2015. Für das zweite Quartal 2015 liegen uns derzeit noch keine validen Zahlen vor; sie sind erst für Mitte August zu erwarten.

Im Einzelnen:

I. 1. – Wie hat sich die Zahl der bei den Verwaltungsgerichten in Baden-Württemberg neu eingegangenen und anhängigen Asylstreitverfahren seit dem Jahr 2012 entwickelt?

Seit 2012 hatte sich die Anzahl der Neueingänge in Asylverfahren bis Ende 2014 fast verdoppelt (4.233 im Jahr 2012; 7.702 im Jahr 2014). Im Jahr 2015 wird sich – legt man die Zahlen des ersten Quartals zugrunde und rechnet sie auf alle vier Quartale hoch – die Anzahl der Neueingänge gegenüber 2012 verdreifachen (hochgerechnet ca. 12.000 Verfahren).

Auch ein deutlicher Anstieg der Bestände ist seit 2012 zu verzeichnen, der jedoch nicht proportional hoch zu den Neueingängen erfolgt ist. Wie sich die Bestände im weiteren Verlauf des Jahres entwickeln, ist aufgrund der erfolgten Neueinstellungen (s. u. Frage I. 6.) derzeit nicht absehbar.

Vgl. i. E. die folgende Tabelle:

	Verwaltungsgerichte Ba-Wü insgesamt	
Jahr	Neueingänge	Bestand 31.12. (2012 bis 2104) bzw. 31.03.2015
2012	4.233	3.116
2013	5.121	3.573
2014	7.702	4.632
I. Quartal 2015	3.088	5.217

I. 2. – Wie hat sich die Zahl der erledigten Asylstreitverfahren seit dem Jahr 2012 entwickelt?

Entsprechend dem Anstieg der Eingangszahlen ist auch die Zahl der Erledigungen in Asylverfahren in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Im Jahr 2014 lag sie fast doppelt so hoch wie im Jahr 2012. Rechnet man die Werte für das erste Quartal 2015 auf ein ganzes Jahr hoch, ergäbe sich ein gegenüber dem Jahr 2012 dreimal so hoch liegendes Erledigungsergebnis.

Vgl. i. E. die folgende Tabelle:

Asylverfahren Erledigungen	VerwG Ba-Wü
Jahr	Erledigungen
2012	3.441
2013	4.664
2014	6.644
I. Quartal 2015	2.503

I. 3. – Wie hat sich die durchschnittliche Verfahrensdauer der Hauptverfahren und der Eilverfahren seit 2012 entwickelt?

Die Verfahrensdauer ist in Hauptsacheverfahren von 9,6 Monaten im Jahr 2012 auf 8,9 Monate im ersten Quartal 2015 gesunken. In Eilverfahren war sie von durchschnittlich 1,3 Monaten im Jahr 2012 auf 1,9 Monate im Jahr 2014 angestiegen. Im ersten Quartal des Jahres 2015 konnte die Verfahrensdauer wieder auf 1,5 Monate gesenkt werden.

Vgl. i. E. folgende Tabelle:

Asylverfahren durchschnittliche Verfahrensdauer	Verwaltungsgerichte Ba-Wü insgesamt	
	Hauptverfahren	Eilverfahren
Jahr		
2012	9,6 Monate	1,3 Monate
2013	9,0 Monate	1,4 Monate
2014	9,3 Monate	1,9 Monate
I. Quartal 2015	8,9 Monate	1,5 Monate

I. 4. – Wie hat sich die Relation der zu bearbeitenden Asylstreitverfahren pro Richterstelle in den Jahren 2012, 2013 und 2014 entwickelt?

Die Pro-Kopf-Belastung in Asylverfahren hat sich wie folgt entwickelt:

Jahr	Pro-Kopf-Belastung Eingänge Verwaltungsgerichte Ba-Wü insgesamt
2012	150
2013	159
2014	179

I. 5. – Wie viele Richterstellen waren an baden-württembergischen Gerichten zur Bearbeitung von Asylverfahren (einschließlich der Durchführung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen) in den Jahren 2012, 2013, 2014 und 2015 besetzt, bzw. welche Besetzungen sind für 2016 geplant (gegliedert nach Gericht)?

a) Die Anzahl der in *Asylverfahren* eingesetzten Richter-AKA (Arbeitskraft-Anteile) ist in den vergangenen Jahren nach den von den Gerichten mitgeteilten Personalübersichten (PÜ) deutlich gestiegen.

Vgl. dazu die folgenden Tabellen:

Asylverfahren PÜ-Verwendung	VerwG Ba-Wü insgesamt	VGH Ba.-W.
Jahr	PÜ-Verwendung in AKA	PÜ-Verwendung in AKA
2012	28,23	2,70
2013	32,22	2,73
2014	42,95	2,38
I. Quartal 2015	56,22	2,07

Asylverfahren PÜ-Verwendung aufgeschlüsselt nach Gerichten	VerwG Freiburg	VerwG Karlsruhe	VerwG Sigmaringen	VerwG Stuttgart
Jahr	Verwendung nach PÜ in AKA	Verwendung nach PÜ in AKA	Verwendung nach PÜ in AKA	Verwendung nach PÜ in AKA
2012	5,49	8,27	4,63	9,84
2013	6,16	8,82	5,48	11,76
2014	8,56	9,71	7,87	16,81
I. Quartal 2015	10,88	17,76	9,90	17,68

Anhand der Einzelaufschlüsselung ist ersichtlich, dass insbesondere das für die Landeserstaufnahmeeinrichtung in Karlsruhe zuständige VG Karlsruhe im ersten Quartal 2015 den Anteil der mit Asylverfahren befassten AKA deutlich erhöht hat.

Es ist davon auszugehen, dass sich aufgrund der erfolgten Neueinstellungen die in Asylverfahren tätigen Richter-AKA in den folgenden Quartalen entsprechend erhöhen werden. Wie die Zuständigkeitsverteilung an den Gerichten im Einzelnen erfolgt, ist durch die Präsidien der Gerichte zu entscheiden und durch das personalverwaltende Justizministerium nicht zu beeinflussen.

b) Die Anzahl der mit *Abschiebeverfahren* in Baden-Württemberg befassten Richter-AKA ist sehr gering. Im Jahr 2014 betrug sie auf das ganze Land gerechnet nur noch 0,2 Richter-AKA (eine Fünftelstelle).

Aufgrund dessen werden ab 1. Januar 2015 in der bundeseinheitlichen Personalbedarfsberechnung nach PEBB§Y alle Verfahren in Freiheitsentziehungssachen nach § 415 FamFG nur noch in Summe abgebildet. Eine Einzelauswertung der Abschiebeverfahren findet aufgrund des geringen Personalbedarfs nicht mehr statt.

Vgl. zu den Zahlen im Einzelnen die folgenden Tabellen:

Abschiebe- verfahren	Alle AG Ba.-Wü.	Alle AG Ba.-Wü.
Jahr	Eingänge	Soll-AKA
2012	715	0,70
2013	811	0,80
2014	205	0,20
I. Quartal 2015	50	k.A. *

* In PEBB§Y nicht mehr gesondert ausgewiesen (s. oben).

Die Verfahrenszahlen gliedern sich auf die einzelnen Gerichte wie folgt auf:

lfd. Nr	Gericht	I. Quartal 2015		2014		2013		2012	
		Eingänge	Soll-AKA	Eingänge	Soll-AKA	Eingänge	Soll-AKA	Eingänge	Soll-AKA
1	Achern	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
2	Baden-Baden	0	k.A.*	1	0,00	5	0,00	11	0,01
3	Bühl	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
4	Gernsbach	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
5	Rastatt	1	k.A.*	1	0,00	2	0,00	4	0,00
6	Breisach	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
7	Emmendingen	1	k.A.*	2	0,00	5	0,00	0	0,00
8	Ettenheim	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
9	Kenzingen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
10	Lörrach	0	k.A.*	7	0,01	76	0,07	57	0,06
11	Müllheim	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
12	Staufen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
13	Titisee-Neustadt	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
14	Waldkirch	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
15	Heidelberg	1	k.A.*	3	0,00	6	0,01	12	0,01
16	Sinsheim	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
17	Wiesloch	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
18	Bretten	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
19	Bruchsal	0	k.A.*	1	0,00	8	0,01	3	0,00
20	Ettlingen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
21	Karlsruhe-Durlach	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
22	Maulbronn	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
23	Pforzheim	0	k.A.*	4	0,00	11	0,01	4	0,00
24	Philippsburg	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
25	Donaueschingen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
26	Konstanz	0	k.A.*	7	0,01	37	0,04	19	0,02
27	Radolfzell	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
28	Singen	1	k.A.*	1	0,00	31	0,03	26	0,03
29	Stockach	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
30	Überlingen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
31	Villingen-Schwenningen	0	k.A.*	2	0,00	3	0,00	0	0,00
32	Schwetzingen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
33	Weinheim	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
34	Adelsheim	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
35	Buchen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
36	Mosbach	0	k.A.*	0	0,00	2	0,00	2	0,00
37	Tauberbischofsheim	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
38	Wertheim	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
39	Gengenbach	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
40	Kehl	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
41	Lahr	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00

42	Oberkirch	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
43	Offenburg	26	k.A.*	84	0,08	203	0,20	157	0,15
44	Wolfach	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
45	Bad Säckingen	0	k.A.*	0	0,00	1	0,00	0	0,00
46	St. Blasien	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
47	Schönau	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
48	Schopfheim	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
49	Waldshut-Tiengen	0	k.A.*	0	0,00	7	0,01	4	0,00
50	Freiburg	1	k.A.*	15	0,01	113	0,11	119	0,12
51	Karlsruhe	0	k.A.*	15	0,01	35	0,03	49	0,05
52	Mannheim	3	k.A.*	16	0,02	98	0,10	72	0,07
53	Aalen	0	k.A.*	0	0,00	1	0,00	0	0,00
54	Bad Mergentheim	0	k.A.*	0	0,00	2	0,00	2	0,00
55	Crailsheim	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
56	Ellwangen	0	k.A.*	1	0,00	0	0,00	0	0,00
57	Heidenheim	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	5	0,01
58	Langenburg	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
59	Neresheim	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
60	Schwäbisch-Gmünd	0	k.A.*	0	0,00	3	0,00	6	0,01
61	Albstadt	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
62	Balingen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
63	Hechingen	0	k.A.*	0	0,00	2	0,00	1	0,00
64	Sigmaringen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
65	Besigheim	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
66	Brackenheim	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
67	Künzelsau	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
68	Marbach	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
69	Öhringen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	1	0,00
70	Schwäbisch-Hall	0	k.A.*	0	0,00	2	0,00	3	0,00
71	Vaihingen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
72	Heilbronn	0	k.A.*	4	0,00	13	0,01	17	0,02
73	Bad Saulgau	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
74	Bad Waldsee	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
75	Biberach	0	k.A.*	0	0,00	1	0,00	2	0,00
76	Leutkirch	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
77	Ravensburg	0	k.A.*	3	0,00	6	0,01	5	0,01
78	Riedlingen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
79	Tettngang	1	k.A.*	1	0,00	7	0,01	2	0,00
80	Wangen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
81	Freudenstadt	0	k.A.*	0	0,00	1	0,00	1	0,00
82	Horb	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
83	Oberndorf	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
84	Rottweil	0	k.A.*	1	0,00	2	0,00	9	0,01
85	Spaichingen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
86	Tuttlingen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00

87	Backnang	1	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
88	Böblingen	1	k.A.*	2	0,00	2	0,00	1	0,00
89	Esslingen	1	k.A.*	0	0,00	3	0,00	1	0,00
90	Kirchheim	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
91	Leonberg	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
92	Ludwigsburg	1	k.A.*	2	0,00	5	0,01	5	0,01
93	Nürtingen	4	k.A.*	8	0,01	36	0,04	22	0,02
94	Schorndorf	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
95	Stuttgart-Bad Cannstatt	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
96	Waiblingen	2	k.A.*	3	0,00	10	0,01	1	0,00
97	Stuttgart	3	k.A.*	16	0,02	63	0,06	74	0,07
98	Bad Urach	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
99	Calw	2	k.A.*	0	0,00	3	0,00	3	0,00
100	Münsingen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
101	Nagold	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
102	Reutlingen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	3	0,00
103	Rottenburg	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
104	Tübingen	0	k.A.*	0	0,00	4	0,00	7	0,01
105	Ehingen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
106	Geislingen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
107	Göppingen	0	k.A.*	0	0,00	0	0,00	0	0,00
108	Ulm	0	k.A.*	5	0,01	2	0,00	5	0,01

50	k.A.*	205	0,20	811	0,80	715	0,70
----	-------	-----	------	-----	------	-----	------

I. 6. – Inwieweit hat bzw. wird die Landesregierung auf eine gestiegene Anzahl von Asylstreitverfahren durch die Schaffung zusätzlicher Richterstellen reagieren?

Wie sich anhand der oben aufgeführten stark gestiegenen Eingangszahlen in Asylverfahren ergibt, wurde auch im Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit eine Personalverstärkung in der ersten Instanz zwingend. Zu Jahresbeginn betrug der Mehrbedarf 16 Richterstellen, berechnet auf der Grundlage des mathematisch-analytischen Personalbedarfsbemessungssystems (PEBB§Y).

Im Rahmen des ersten Nachtragshaushalts wurden daraufhin 16 Verwaltungsrichterstellen (12 R1-Stellen und 4 R2-Stellen) mit Besetzbarkeit ab 1. Mai 2015 neu geschaffen.

Die Personalgewinnung für die R1-Stellen wurde bereits im April begonnen. Bereits bis Mitte Mai konnten 12 Richterinnen und Richter gewonnen werden, von denen ein Großteil bereits zum 1. Juni 2015 oder 1. Juli 2015 ihre Stelle angetreten hat. Einige wenige können aufgrund vorhandener Kündigungsfristen (laufende Verträge in Kanzleien, an Universitäten etc.) erst zum 1. August 2015 bzw. 1. September 2015 beginnen. Es handelt sich bei allen Neueinstellungen um hochqualifizierte Juristen mit spezifisch verwaltungsrechtlichem Profil.

Die R2-Stellen sind Beförderungsstellen. Sie sind daher im Wege der Ausschreibung zu besetzen. Die Stellen wurden Anfang Mai ausgeschrieben. Nach dem Eingang der Beurteilungen wird eine am Maßstab des Art. 33 Abs. 2 GG erfolgende Auswahl getroffen werden. Es ist davon auszugehen, dass alle vier Beförderungsstellen zeitnah besetzt werden können.

* In PEBB§Y nicht mehr gesondert ausgewiesen (s. oben).

I. 7. – Inwieweit ist eine organisatorische und räumliche Anbindung der Verwaltungsgerichte an die Landeserstaufnahmeeinrichtungen und dort angesiedelten Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gewährleistet?

Eine ausreichende Anbindung der Verwaltungsgerichte an die Landeserstaufnahmeeinrichtungen und an die dort angesiedelten Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist gewährleistet. Denn in jedem Regierungsbezirk des Landes ist ein voll funktionsfähiges Verwaltungsgericht angesiedelt, das in der Lage ist, im Asylbereich das gesamte Spektrum der Herkunftsländer abzudecken. Mit Ausnahme der für besondere Angelegenheiten eingerichteten Spezialkammern verfügen sämtliche Kammern der Verwaltungsgerichte über langjährige Erfahrungen im Umgang mit Asylstreitverfahren. Diese Erfahrung zählt sich in besonderem Maße bei der Bewältigung der großen Zahl von Eilrechtsschutzverfahren aus, die von Flüchtlingen aus sicheren Herkunftsstaaten betrieben werden. Über Eilrechtsschutzanträge wird regelmäßig ohne mündliche Verhandlung im schriftlichen Verfahren entschieden.

Von der durch § 83 Absatz 2 AsylVfG eröffneten Möglichkeit, bei den Verwaltungsgerichten für Asylstreitverfahren durch Rechtsverordnung besondere Spruchkörper zu bilden und deren Sitz in räumlicher Nähe zu den Aufnahmeeinrichtungen zu verorten, hat die Landesregierung bislang keinen Gebrauch gemacht. Dies ist auch nicht beabsichtigt. Denn die von früheren Landesregierungen in den 90er-Jahren gesammelten Erfahrungen, wie auch jüngere Rückmeldungen aus der gerichtlichen Praxis belegen, dass bei dieser Maßnahme der absehbare Aufwand zum erhofften Nutzen in keinem vernünftigen Verhältnis stehen würde.

In diesem Zusammenhang ist an das Asylorganisationsgesetz vom 12. Dezember 1991 (GBl. S. 855) zu erinnern. Mit diesem hatte das Land Baden-Württemberg ab dem 1. Januar 1992 gemäß § 83 Absatz 2 Satz 1 AsylVfG drei auswärtige Kammern eingerichtet (für das Verwaltungsgericht Stuttgart in Ludwigsburg, für das Verwaltungsgericht Karlsruhe in Rastatt und für das Verwaltungsgericht Sigmaringen in Reutlingen). Die generelle Zuständigkeit aller vier Verwaltungsgerichte für Asylstreitverfahren ist durch diese Maßnahme nicht berührt worden. Letztlich sind ab dem 1. Januar 1992 im Wege der gerichtlichen Geschäftsverteilungsplanung grundsätzlich allen Kammern der Verwaltungsgerichte auch Asylstreitverfahren zugewiesen worden; dies ist bis heute so geblieben. Für die auswärtigen Kammern bestanden nur insofern Besonderheiten, als diese ausschließlich mit Asylstreitverfahren befasst worden sind. Der mit der personellen und sachlichen Ausstattung sowie mit dem täglichen Betrieb der auswärtigen Kammern verbundene Aufwand war erheblich und ging über denjenigen der regulären Gerichtsorganisation weit hinaus. Relevante Beschleunigungseffekte, die es gerechtfertigt hätten, diesen zusätzlichen Aufwand in Kauf zu nehmen, haben sich aber nicht eingestellt. In Konsequenz hat der Landesgesetzgeber die drei auswärtigen Kammern mit Wirkung zum 1. Januar 1997 wieder aufgehoben (Asylorganisationsänderungsgesetz vom 14. November 1996, GBl. S. 706).

Die Landesregierung sieht keinen Ansatzpunkt für die Annahme, dass sich die Rahmenbedingungen für die Einrichtung und den Betrieb von auswärtigen Kammern nach § 83 Absatz 2 AsylVfG so verändert haben, dass heute von der Zweckmäßigkeit einer solchen Maßnahme ausgegangen werden könnte. Daher konzentriert sich die Landesregierung darauf, für die erforderliche personelle und sachliche Ausstattung der Verwaltungsgerichte Sorge zu tragen. Außerdem arbeitet sie gemeinsam mit der gerichtlichen Praxis an der Fortbildung von Assessorinnen und Assessoren bei den Verwaltungsgerichten, um es diesen zu ermöglichen, Asylstreitverfahren bereits nach kurzer Zeit in eigener Verantwortung zu führen.

I. 8. – Wie beurteilt die Landesregierung die derzeitige Rechtslage hinsichtlich der Möglichkeit für eine zügige Bearbeitung von Fällen betreffender Antragsteller aus sicheren Herkunftsstaaten?

Die Zahl der Ausländer aus Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien, die in Baden-Württemberg um Asyl nachsuchen, ist in den letzten Jahren drastisch gestiegen; kamen 2011 noch rund 800 Asylantragsteller, waren es im Jahr 2014 bereits knapp 5.500.

Die Entwicklung ist nicht auf eine veränderte politische Situation oder auf kriegsähnliche Zustände wie etwa in Syrien zurückzuführen. Das Asylsystem wird von Antragstellern aus diesen Ländern nahezu ausnahmslos aus asylfremden Motiven zur Zuwanderung genutzt. Das zeigen insbesondere die Anhörungen, die das BAMF mit den betroffenen Personen führt. So werden in den Anhörungen insbesondere wirtschaftliche Gründe für die Zuwanderung vorgetragen. Die Folge hiervon ist eine sehr niedrige Schutzquote für diese Herkunftsländer; sie lag bundesweit im Jahr 2014 bei rund 0,1 %. Diese Entscheidungspraxis des BAMF wird fast durchgängig von den Verwaltungsgerichten bestätigt. Die Aufnahme Serbiens, Bosnien-Herzegowinas und Mazedoniens in die Liste sicherer Herkunftstaaten war daher geboten.

Mit der Einstufung eines Staates als sicherer Herkunftstaat nach § 29 a Abs. 2 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) tritt die gesetzliche Regelvermutung in Kraft, dass in diesem Land keine systematische staatliche bzw. nichtstaatliche Verfolgung existiert. Jeder Asylbewerber hat allerdings – ungeachtet, ob er aus einem sicheren Herkunftstaat kommt – grundsätzlich das Anrecht auf die individuelle Prüfung seines Einzelfalles.

Der Asylbewerber aus einem sicheren Herkunftstaat kann im Rahmen dieser Prüfung die gesetzliche Vermutung widerlegen, indem er glaubhaft macht, dass in seinem Fall doch eine asyl- oder flüchtlingsrelevante Verfolgung droht. Die Aufnahme in die Liste sicherer Herkunftsländer bedeutet daher nicht, dass Antragsteller aus diesen Ländern keinen Zugang zum Asylverfahren haben oder ihre Anträge ohne Prüfung abgelehnt werden.

Kann der Asylbewerber diese Vermutung nicht widerlegen, ist der Asylantrag als „offensichtlich unbegründet“ abzulehnen.

Über die Fälle der sicheren Herkunftstaaten hinaus hat das BAMF die Möglichkeit, Asylanträge als offensichtlich unbegründet abzulehnen. Dies ist z. B. dann der Fall, wenn nach den Umständen des Einzelfalles offensichtlich ist, dass sich der Ausländer nur aus wirtschaftlichen Gründen oder um einer allgemeinen Not-situation zu entgehen, im Bundesgebiet aufhält. So werden z. B. die Anträge kosovarischer Asylbewerber derzeit grundsätzlich als offensichtlich unbegründet in diesem Sinne abgelehnt. Die Rechtsfolgen beider Regelungen sind identisch.

Die Aufnahme eines Staates auf die Liste sicherer Herkunftstaaten hat in erster Linie unmittelbare Auswirkungen auf das Asylverfahren beim BAMF. Es geht hierbei um eine Verwaltungsvereinfachung; das BAMF kann auf Grundlage der Regelung über sichere Herkunftstaaten die Verfahren schneller entscheiden, da in diesen Fällen der Begründungsaufwand in der Regel geringer ausfällt. In der Gesetzesbegründung zur Einstufung Serbiens, Bosnien-Herzegowinas und Mazedoniens als sichere Herkunftstaaten hatte die Bundesregierung hierzu folgendes ausgeführt:

„Anhand der beim BAMF vorhandenen Erfahrungswerte kann ... davon ausgegangen werden, dass durch die Einstufung der drei Staaten als sichere Herkunftstaaten eine Verkürzung der Bearbeitungsdauer um zehn Minuten je Entscheidung zu einem Asylantrag von einem Antragsteller aus einem dieser Staaten eintritt.“

Bei einem prognostizierten Zugang nach Baden-Württemberg von rund 60.000 Asylbewerbern im Jahr 2015, wovon derzeit rund 18 % aus den o. g. sicheren Herkunftstaaten kommen, ergäbe sich eine erhebliche Zeitersparnis des BAMF. Die Regelung ist daher geeignet, die Dauer der Asylverfahren von Antragstellern aus diesen Staaten und damit die Aufenthaltszeit dieser Antragsteller in Deutschland zu verkürzen und damit Kapazitäten beim BAMF freizugeben. Diese Kapazitäten werden dringend für die Bearbeitung von Asylanträgen von Asylbewerbern aus den Krisenregionen (z. B. Syrien oder Eritrea) benötigt.

I. 9. – Wie hat sich die Einstufung von Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sichere Herkunftstaaten im November 2014 auf die Zahl der neu eingegangenen Asylstreitverfahren in den nachfolgenden Monaten ausgewirkt?

Eine Beantwortung dieser Frage ist nur begrenzt möglich. Die von den Verwaltungsgerichten bezogen nur auf diese drei Herkunftsländer vorgelegten Eingangszahlen betragen:

Herkunftsland	Eingänge 1/14 bis 10/14	davon Klage- verfahren	Eingänge 11/14 bis 6/15	davon Klage- verfahren
Serbien	805	459	1203	631
Bosnien- Herzegowina	199	116	299	157
Mazedonien	573	314	787	412

Da Verfahren mit Klägern aus den drei betreffenden Herkunftsländern allerdings auch Klagen und Eilanträge gegen Abschiebungsanordnungen (§ 34 a AsylVfG) betreffen können, ist eine Auswirkung der Einstufung der drei Staaten als sichere Herkunftsstaaten im Sinne des § 29 a AsylVfG nur schwer aus diesen Zahlen zu ermitteln.

Allerdings ist die Anzahl der Klageverfahren in den ersten sieben Monaten nach Einstufung der drei Herkunftsstaaten sicher höher als in den zehn davor liegenden Monaten (s. Tabelle). Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass ein „Abschreckungseffekt“ nicht zu verzeichnen ist. Für eine verlässliche Analyse dieser Auswirkungen dürften die Eingangszahlen beim BAMF jedoch aussagekräftiger sein, denn die Eingangszahlen bei den Verwaltungsgerichten werden letztlich durch den Bearbeitungszeitpunkt beim BAMF beeinflusst.

II. 1. – [Die Landesregierung solle ersucht werden], durch eine ausreichende Personalausstattung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Baden-Württemberg die durchschnittliche Dauer der Asylstreitverfahren weiter zu senken.

Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Baden-Württemberg ist aufgrund der 16 neuen Richterstellen in der Personalausstattung angemessen ausgestattet.

Die weitere Entwicklung der Verfahrenszahlen wird durch das Justizministerium durch regelmäßige Quartalsberichte und Auswertungen genau beobachtet.

II. 2. – [Die Landesregierung solle ersucht werden], durch organisatorische Maßnahmen eine schnelle Entscheidung in Verfahren betreffend die Anordnung von Abschiebungs-, Zurückschiebungs- oder Zurückweisungshaft zu ermöglichen.

Für den Bereich der Innenverwaltung ist auszuführen, dass sich bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht beträchtliche Probleme ergeben.

Das Innenministerium hat berichtet, dass Ausländer, die kein Aufenthaltsrecht erhalten können, sofern alle formalen Voraussetzungen für die zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht vorliegen, abgeschoben werden, wenn sie ihrer gesetzlichen Ausreisepflicht nicht freiwillig nachkommen. Eine Abschiebung kann jedoch dann nicht erfolgen, wenn Gründe für eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung wie etwa ungeklärte Identität, Passlosigkeit oder Reiseunfähigkeit vorliegen.

Die zügige Beendigung des rechtswidrigen Aufenthalts von Ausländern wird nach den Erfahrungen des landesweit zuständigen Regierungspräsidiums Karlsruhe am häufigsten dadurch behindert, dass die Ausländer keine Pässe und keine sonstigen Identitätspapiere vorlegen, falsche Angaben machen, bewusst ihre Identität verschleiern und entgegen der bestehenden gesetzlichen Verpflichtung an der Beschaffung von Identitätsdokumenten nicht mitwirken. Zudem kommen unkooperative Herkunftsstaaten ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung zur Rückübernahme eigener Staatsangehöriger nicht oder erst nach zum Teil erheblicher zeitlicher Verzögerung nach.

Im Übrigen kann eine Rückführung auch dann nicht erfolgen, wenn andere Gründe für eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung geltend gemacht werden, wie etwa psychische und physische Erkrankungen, aus denen ein Abschiebungsverbot resultieren kann. Solche werden vielfach in gerichtlichen Verfahren bis hin zum Bundesverfassungsgericht vorgebracht.

Während eines laufenden Petitionsverfahrens und nach Stellung eines Antrags an die Härtefallkommission ist eine Abschiebung grundsätzlich ebenfalls nicht mög-

lich. Weitere Verzögerungen können dadurch entstehen, dass die Betroffenen von ihrem Recht, Rechtsmittel speziell gegen die Abschiebung einzulegen, Gebrauch machen oder sich durch Untertauchen der Abschiebung entziehen.

Mithin sind unter diesen Rahmenbedingungen erhebliche Personal- und Sachressourcen erforderlich, um die Durchsetzung der Ausreisepflicht im Land sicherzustellen.

Für den *Bereich der Justiz (Abschiebehaftverfahren)* ist nach Auskunft beider Oberlandesgerichtsbezirke – vor dem Hintergrund der nur geringen Verfahrenszahlen, s. Frage I. 5. – sichergestellt, dass die Abschiebefälle unverzüglich bearbeitet werden. Hierzu sind teilweise besondere Zuständigkeiten eingerichtet. Organisatorische Maßnahmen sind vor diesem Hintergrund derzeit nicht veranlasst.

Stickelberger

Justizminister